

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Vom Krankenlager der Koalition.

Heute oder morgen wird es vielleicht schon ein Sterbelager sein. Das Bulletin, das über das Befinden des Patienten gestern in Form eines Kommuniqués ausgegeben wurde, verriet, was eigentlich schon jeder wusste: der Zustand ist trostlos. Minister Beckyně soll wohl in Stellvertretung des erkrankten Ministerpräsidenten noch einen letzten Versuch zur Rettung unternommen, aber Hoffnung auf Gelingen des Versuches besteht so gut wie keine. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Ereignisse folgenden Verlauf nehmen werden: spätestens in den nächsten Tagen wird die Koalition gesprengt werden, worauf es zur Demission der Gesamtregierung kommen wird. In der nächsten Sitzung der Frühjahrssession, die am 24. oder 26. März beginnen soll, wird sich schon die neue Regierung dem Parlamente vorstellen. Diese neue Regierung wird, — soweit hat es das Lotterleben der Koalition gebracht —, keine parlamentarische, sondern eine Weimarerregierung sein. Am Ende des Wirkens der Koalition steht also die Unmündigkeit des Parlaments; die dauernde Niedertrübnis der Demokratie und der parlamentarischen Rechte endet schließlich mit der Bankrotterklärung des Parlaments und mit seiner Unfähigkeit, aus sich heraus für die verfallene Koalition eine Nachfolgerin stellen zu machen. Ein Beamtenkabinett muß gebildet werden, damit der Staat nicht überhaupt ohne Regierung bleibe. Es ist ein trauriges und schmachliches Ende!

Die Koalition stirbt nicht in Schönheit, wahrhaftig nicht. Ihr Leben war schmachlich, ihr Tod ist es nicht minder. Kreischend beschuldigen die Hinterbliebenen einander gegenseitig, ihren hoffnungslosen Zustand herbeigeführt zu haben. Besonders die frühe Auflösung und Übernahme von Neuwahlen für das Parlament muß herhalten, um jenen, die dazu gedrängt haben, bittere Vorwürfe zu machen. Es ist schon richtig, daß die vorzeitigen Neuwahlen vom Standpunkt der Koalition eine Niederbühnenarbeit waren, aber einmal mußten Wahlen kommen, und früher oder später wäre es in jedem Falle zu dem Vernichtungsurteil der Wähler gekommen, das aus dem Wahlergebnis herauswuchs. Die Wahlen für den Schiffbruch der Koalition allein verantwortlich zu machen, das deutet eine allzu primitive Betrachtungsweise an. Die Koalition hatte schon lange vor den Wahlen ihre Kräfte ausgeschöpft, allerdings hat ihr die Antwort der Wähler, die einem Keulenschlage gleich, den letzten Stieb verleiht. Seitdem hat sich die Koalition auch nicht einmal vorübergehend von der Erschöpfung erholen können. Früher steckte sie langsam aber sicher dahin, eben deshalb wurden Neuwahlen, die als Stärkungsmittel gedacht waren, vorgenommen; seither ist erst recht ein rapider Verfall eingetreten. Das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien der Koalition war ein solches, daß Kompromisse immerhin noch leichter geschlossen werden konnten. Keine der Parteien war stark genug, um ihrem Egoismus die Zügel schießen zu lassen, und die bürgerlichen Parteien waren daher gezwungen, wenigstens zeitweilig den sozialistischen Parteien in der Regierung kleine Konzessionen zu machen. Das Wahlergebnis, das den Parteien der kapitalistischen und kulturellen Reaktion zur Erlangung des Übergewichtes über die sozialistischen Parteien innerhalb der Regierungsmehrheit verhalf, räumte der Habgier und dem Heißhunger der bürgerlichen Parteien die letzten Hemmungen hinweg. Das Bürgertum hat über die tschechischen Sozialdemokraten insofern gesiegt, als es diese zum Verbluten gebracht hatte, es wollte und will nun auch etwas davon haben. O, die bürgerlichen Parteien möchten die tschechischen Sozialdemokraten durchaus nicht aus der Koalition herausdrängen. Wenn sie sich mit einer beschämenden Dienerrolle gegenüber den hohen Herrschäften begnügen wollten, so könnten sie in Gottes und des heiligen Mammons Namen

Das Genfer Wert gescheitert.

Deutschlands Ausnahme verjagt. — Brasiliens Hartnäckigkeit als Ursache.

Genf, 16. März. Am 17. Uhr fand eine vertrauliche Beratung des Rates statt, zu der um 19 Uhr der polnische Ministerpräsident Graf Skrzynski eingeladen wurde. Um 19 Uhr 40 Minuten war die vertrauliche Sitzung beendet. Die Ratmitglieder lehnten es kategorisch ab, den Journalisten irgendwelche Erklärungen zu geben.

Der britische Staatssekretär für Aussenbeziehungen Chamberlain fuhr sofort nach Schluß der Sitzung zum Reichskanzler Dr. Luther.

Kurz vor 20 Uhr jedoch teilte die Schweizerische Depeschagentur mit: Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Reorganisation des Völkerbundes wurden auf die Septembertagung verschoben. Die Signature des Rheinpaktes werden noch heute abend ein amtliches Kommuniqué über die Angelegenheit ausgeben.

Berlin, 16. März. Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet aus Genf um 9 Uhr abends: In der Unterredung, die zwischen Chamberlain, Brand mit Luther und Stresemann von 8 bis halb 9 Uhr abends stattfand, wurde vereinbart, das am Nachmittag zurückgehaltene Kommuniqué doch noch zu veröffentlichen. Man kam anscheinend zu diesem Entschluß, um durch die Veröffentlichung der Vereinbarungen einen letzten Druck auf Brasilien auszuüben.

Das Kommuniqué.

Genf, 16. März. (Wolff.) Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben sich heute vereinigt, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den ausgetauschten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, zu einer Übereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren.

Falls, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Signatarmächte des Protokolles von Locarno bedauern, daß sie im gegenwärtigen Augenblicke das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen jedoch mit Bestimmtheit fest, daß das Friedenswerk, welches sie in Locarno verwirklicht haben und welches in seinem ganzen Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Überzeugung, daß bei der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraus-

setzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.

Der Sozialdemokratische Pressedienst bemerkt hierzu: Dieses Kommuniqué schließt die Möglichkeit, daß die Ausnahme Deutschlands am Mittwoch vormittags doch noch erfolgt, nicht ganz aus. Falls Brasilien bis Mittwoch vormittags 10 Uhr auf seinen Einspruch verzichtet, erfolgt die Aufnahme. Diese Wahrscheinlichkeit ist aber sehr gering und die Erklärungen des Reichskanzlers vor der deutschen Presse sprechen mehr für die Vertagung als für die Aufnahme.

Der erste Verhandlungstag in Chiati.

Das offizielle italienische Pressebureau veröffentlicht über den ersten Verhandlungstag folgenden einseitigen Bericht:

Chiati, 16. März. (Stefani.) Vor dem Schwurgerichte begann heute der Prozeß wegen der Ermordung des Abg. Matteotti. Der Hauptangeklagte Dumini erklärte bei seiner Einvernahme, er habe sich auf Grund einer Reise in Frankreich überzeugt, daß zwischen den nach Frankreich ausgewanderten umstürzlerischen italienischen Elementen und der unitarisch-sozialistischen Partei Italiens, deren Hauptfaktor Matteotti war, ein Einvernehmen bestehe. Nach der Ermordung des Ratsmanns Venerjovi in Paris habe Dumini einen Ueberwachungsdiens für Matteotti eingerichtet. Matteotti sei dann in einem Automobil entführt und weit von Rom weggebracht worden, um Informationen über seine Aktion zu erlangen. Während der Autofahrt sei Matteotti infolge heftigen Bluthustens (!) gestorben. Dumini und seine Genossen hätten aus Furcht vor den Folgen die Leiche vergraben und die Kleider Matteottis verbrannt oder verstreut. Dumini nimmt die Verantwortung für die Initiative bezüglich der Entführung auf sich.

Koalition dieser politischen Gemeinschaft den letzten Rest gegeben.

Aber wirklich auch nur den letzten Rest. Es wäre ja möglich, daß die bürgerlichen Regierungsparteien ihre Unerfälllichkeit eindämmen, auf die sofortige Erfüllung ihrer Forderungen verzichten, und daß daraufhin ein vorläufiger Friede geschlossen wird. Die Lebensfähigkeit der Koalition könnte ein solcher fauler Friede nicht schaffen. Die Koalition ist sterbenskrank, weil das Regierungssystem, das sie zum Inhalte hat, krank und unmöglich ist, denn es leugnet den Charakter des Staates und sucht ihm Lebensbedingungen aufzubuddeln, die seiner Zusammensetzung und seinem Wesen wider-natürlich sind. Das Verschleiden der Koalition wird an dem Zustand, der nach einer vollständigen Umkehr und Umkehr von den bisherigen Regierungsmethoden schreit, nichts ändern. Die Beamtenregierung wird, darüber wollen wir uns nicht täuschen, in den Fußstapfen der Koalition gehen, sie wird schließlich ebenso enden, wie ihre Vorgängerin. Auch wenn der Entwicklung tausend Blöcke in den Weg gestellt werden, und wenn noch tausend Veruche unternommen werden, das Erbe der Koalition zu bewahren, es wird vergeudete Mühe und Zeit sein. Endlich wird man doch erkennen müssen, daß der Staat nur bestehen kann, und daß das Parlament nur erfolgreich arbeiten kann, wenn an die Stelle der Gewalt und der nationalen Unterdrückung das nationale Recht aller Staatsbürger gesetzt wird.

Die Komödie des Matteotti-Prozesses.

Witwe und Sohn des Ermordeten treten als „Zivilpartei“ zurück.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben des Abgeordneten Modigliani, des Vertreters von Matteotti's Sohn, an den Präsidenten des Schwurgerichts von Chiati. Dieses ausführliche Schreiben, dessen Ausdruck in der italienischen Presse verboten wurde, stellt fest, daß das außerordentliche Verfahren, das verfassungsgemäß die mit Regierungsmassnahmen verknüpfte Verantwortlichkeit hätte feststellen müssen, völlig unterblieben ist; daß die Richter verfehlt, die Ergebnisse der Voruntersuchung des Obersten Gerichts ignoriert, jede Kontrolle durch die Presse unterdrückt wurde. Man hat alles getan, um das endgültige Urteil zu einer unerträglichen Rechtsverhöhung zu machen. So kam die Zivilpartei zu der Entscheidung, daß die Teilnahme an einem derart verstümmelten und erstikten Rechtsverfahren, bei dem jede Untersuchung über die wahren Ursachen und die erste Verantwortung unmöglich ist, bei dem sich die Beweisaufnahme auf die gräßlichen materiellen Einzelheiten des Verbrechens beschränkt, auf das „Wie“ ohne das „Warum“, darauf hinauslaufen würde, diese Verstümmelung und Erstümmung gutzuheißen und sich zu Mitschuldigen ihrer Ergebnisse zu machen. Wer einen Prozeß unter solchen Bedingungen annimmt oder ihn auch nur erduldet, verliert dadurch das Recht, seine unheilbare juristische und moralische Nichtigkeit zu proklamieren.

Und das Gefühl hat bereits der Witwe des Getöteten den nachstehenden, erschütternden Brief an den Schwurgerichtspräsidenten von Chiati eingegeben:

Erzellen!

Die Ermordung Giacomo Matteotti's ist für mich und meine Kinder eine Tragödie und als solche von jedem freien Menschen in Italien empfunden wurde, hatte in mir den Glauben geweckt, daß der Ruf nach Gerechtigkeit nicht ungehört verhallen würde; dieser Glauben hat mich in meinem ähertlichen Zimmer aufrecht erhalten und mich bewogen, als Privatklägerin aufzutreten.

Aber in den Wechselfällen der Untersuchung und durch die jüngste Amnestie ist der Prozeß — der wahre Prozeß — nach und nach weislos geworden. Was heute von ihm bleibt, ist nur ein Schatten.

Ich hatte keinen Daß auszudrücken und keine Rache zu fordern; ich wollte nur Gerechtigkeit. Die Menschen haben sie mir verweigert; ich werde sie von der Geschichte empfangen und von Gott.

Ich erlaube Sie daher, mir zu erlauben, dem Prozeß fern zu bleiben, der mich nichts weiter angeht.

Meine Anwälte, die auch in diesem Augenblick mit mir solidarisch sind, werden meiner Entscheidung rechtskräftige Form geben. An Sie, Erzellen, richte ich die Bitte, mich der Qual, vor den Ämtern zu erscheinen, zu entbinden. Es würde mir vorkommen, als ob ich dadurch das Andenken Giacomo Matteotti's beleidigte, für den das Leben etwas fürchtbar Ernstes war, jenes Andenken, um dessen willen ich weiter lebe, einsam und zerrissen, und in dessen Licht ich meine Söhne zu stolzen und suchtslosen Menschen erziehen will, wie ihr Vater einer war.

Mit Hochachtung
Velia Matteotti.

Aus denselben Gründen aber, die die Zivilpartei veranlassen, ihre weitere Teilnahme an einem Verfahren abzulehnen, das nur auf eine typische Rechtsbeugung hinauslaufen kann, behält sich die Zivilpartei alle Rechtsmittel vor, um in Zukunft, vor welcher Instanz dies immer sein möge, in dem Zeitpunkt und in der Form, die zur Aufhellung der Wahrheit am geeignetsten erscheinen werden, jedwede Verantwortlichkeit zur Anzeige zu bringen, jedweden Verantwortlichen zu erreichen. Sie tritt nicht zurück, sie hat nicht Anteil an Verzeihen und Vergessen, sondern will den Weg zu einem Urteil offen erhalten, das heute unmöglich ist, aber morgen unvermeidlich.

Die Koalition in Nöten.

Soehla fährt nach dem Süden. — Bechyně fährt die Geißel. — Das Schicksal der Staatsangestelltenfrage dauernd ungewiß. — Der Ausweg: ein Beamtenkabinett?

In der Koalition gibt es wieder einmal eine Krise, allerdings keine Krise, wie sie die alte Koalition so oft durch- und überlebt hat, sondern eine Reihe von Schwierigkeiten und schweren Konflikten taucht diesmal auf, vor deren Lösung selbst die geübtesten Koalitionspolitiker ratlos zurückschrecken: Eine ganze Menge von Fragen gibt es, an denen das Koalitionsschiff led zu werden droht: Zollkonflikte — von dem wir auch weiter unten sprechen —, Staatsangestelltenvorlage, Militärdienstzeit, Pausen, Aktivierung der Sozialversicherung und vieles andere.

Der Ernst der Situation wird dadurch charakterisiert, daß vor der Lösung der Probleme sogar Ministerpräsident Soehla selbst die Flucht ergreift. Während es noch am Sonntag in eingehenden Kreisen hieß, daß Soehla Montag früh wieder zu amtieren beginne, hat sich die Lage dahin gewandelt, daß Soehla wieder, wie schon einmal, nach dem Süden fährt und die ganze Schlamassel seinem Kollegen Bechyně überläßt. Dieser soll den verfahrenen Koalitionsschiffen aus dem Schlamme, der sich seit den letzten Wahlen aufgehäuft hat, herausziehen.

Bechyně findet keine beneidenswerte Situation vor: In der Frage der Agrarzölle kämpfen die tschechischen Sozialdemokraten allein gegen die fünf übrigen Koalitionsparteien. Die tschechischen Nationalsozialisten verhalten sich vollkommen kühl: Während die tschechische Sozialdemokraten erklären, sie würden im Kampfe gegen die Zölle bis zum äußersten gehen, sagt das „České Slovo“: „Der Kampf um die Getreidezölle beschränkt sich praktisch vorläufig auf Plänkelleien zwischen zwei Parteien“. Die Nationalsozialisten gehen also deutlich zu verstehen, daß sie an dem Streit uninteressiert sind. Zölle hin, Zölle her — das geht den Sozialismus berer um Kofas herum — den „Sozialismus des Bergens“, wie sie ihn mit Vorliebe nennen, verflucht wenig an. Wenn ihr Stützpunkt nur im Amt bleiben und die „Malozemelska Jednota“ Kartoffel für die Armee liefern kann — das ist ihnen die Hauptsache!

Was die Staatsangestelltenvorlage anlangt, so haben sowohl die tschechischen Sozialdemokraten, als auch neuestens die tschechischen Nationalisten Änderungsanträge überreicht, von denen sie die Annahme der Vorlage abhängig machen wollen; vorläufig steht Dr. Engelis noch auf dem Standpunkt der unbedingten Annahme der Vorlage, die er auch zurück-

ziehen entschlossen sein soll. So wird sich auch an dieser Frage, geschweige denn vom schwierigen Bedeckungsproblem, in dem die Gegenstände schier unüberbrückbar sein sollen — Bechyně politische Kunst erproben müssen — sowohl innerhalb als auch außerhalb seiner Partei!

Und neben diesen Problemen taucht Strikbruchsbedingung Forderung nach der 18 monatigen Dienstzeit auf, ferner die passive Resistenz einiger Parteien gegenüber dem Baugesetz und gegenüber der Aktivierung der Sozialversicherung, die nach den neuesten Versionen mit der — Forderung der Agrarier verknüpft wird!

Bechyně hat sich sofort in die Arbeit gestürzt. Er verhandelte vormittags mit Agrariern und tschechischen Volksparteilern, präsierte nachmittags der Dvanactka — die zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, noch tagt — und hatte am Abend Konferenzen mit verschiedenen Politikern. Kein Wunder, daß ihm und seinem kranken Organismus viele Politiker bei der Fülle der zu lösenden Probleme ihre Ueberwältigung nicht zutrauen; als Ausweg wird bereits das Beamtenkabinett genannt.

Wie wir in den Abendstunden erfahren, ist die Krise der Koalition tatsächlich ernster, als man angenommen hat. Der erkrankte Ministerpräsident hat seinem Stellvertreter Minister Bechyně die Regierungsgeschäfte mit dem Auftrage übergeben, die Koalitionsparteien für die Herausgabe einer Verordnung zu gewinnen, in der die letzten Getreidezölle zur Einführung gelangen. Bechyně hat den ihm vom Ministerpräsidenten gestellten Auftrag abgelehnt und seine Stellung als Stellvertreter des Ministerpräsidenten niedergelegt. Es ist nun möglich, daß ein anderer Minister mit der Stellvertretung des Ministerpräsidenten und der Führung der Verhandlungen mit den Koalitionsparteien — etwa Kramar oder Stříbrný — betraut werden wird. Dieser Wechsel in der Person des Stellvertreters des Ministerpräsidenten kann aber die Krise nicht beheben. Der einzige Ausweg, der nun übrig bleibt, ist aller Voraussicht nach die Einsetzung einer Beamtenregierung, deren Aufgabe es sein wird, die letzten Getreidezölle sowie die Erhöhung der Kongruenz und die neuen Verbrauchssteuern durchzuführen. Was die Bevölkerung zu dieser Belastung und damit Herabsetzung ihrer Lebenshaltung sagen wird, ist freilich eine andere Frage.

Eile vor Sessionschluß.

Schluß der Sprachendebatte im Abgeordnetenhaus. — Die Verlängerung der Zwangspacht. — Die Einkommensteuergrenze für Kriegsbeschädigte.

Prag, 16. März. Während der heutigen Hausung, die sich wieder von mittag bis in die späten Nachstunden hinzog, wurden in den Councils die verschiedensten Gerüchte über die neue schwere Koalitionskrise kolportiert, die sich abends dahin verdichteten, daß eine Beamtenregierung kaum mehr abzuwenden sei, nachdem Bechyně die Verhandlungen mit den Koalitionsparteien über die letzten Getreidezölle in Stellvertretung des Ministerpräsidenten abgelehnt hat. Wir bringen einen ausführlichen Bericht darüber an anderer Stelle.

Der Abschluß der Sprachendebatte, die mit der Ablehnung des Mißtrauensantrages gegen die Regierung endete, brachte keineswegs besondere Sensationen. Namentlich die Rede des Dr. Kramar war eine ausgesprochene Enttäuschung. Den Ausführungen des Genossen Dr. Czech in seiner großen Rede vom letzten Donnerstag hatte er keine Argumente entgegen-

zusehen. Wenn Kramar von der unverbesserlichen Mentalität der Deutschen schlechtweg sprach, so ging dies immer nur an die Adresse der Deutschbürgerlichen, für deren verheißene Sprachpolitik im alten Oesterreich der deutsche Arbeiter und dessen Führer nicht verantwortlich sind.

Im weiteren Sitzungsverlaufe wurde das Gesetz über die Zwangspacht, sowie das Gesetz über die Einkommensgrenze, bis zu welcher die Kriegsbeschädigten unverlängert zur Auszahlung gelangen sollen, in Beratung gezogen. In beiden Fällen nahmen Vertreter unserer Partei die Gelegenheit wahr, um die Beschwerden der Kleinpächter und Kriegsbeschädigten vorzubringen.

Die morgige Sitzung soll den Rest der heutigen Tagesordnung erledigen, worauf die jetzige Session geschlossen und das Haus für die nächste Woche zur Frühjahrssession einberufen werden wird.

Das Abgeordnetenhaus setzt gegen 2 Uhr nachmittags die Debatte über die Sprachverordnungen, bzw. den diesbezüglichen Mißtrauensantrag des Deutschen Verbandes fort.

Rayn-Paring (D. Christl. Soj.) stellt fest, daß die Regierung nicht nur nichts getan hat, um bei uns zu einem wirklichen Frieden zu gelangen, sondern daß sie im Gegenteil um immer neuen Zündstoff Sorge trage; daher sei der Mißtrauensantrag vollkommen begründet. Man brauche bloß auf die einseitige parteidogmatische Art hinzuweisen, wie die Regierung in die jetzige Debatte eingegriffen hat; sie sieht ihre Aufgabe darin, den Machtapparat des Staates ihren nationalistischen Zwecken dienstbar zu machen. Die Verfassung und Geschäftsordnung, die Bodenreform, Kriegsankleihe, der Beamtenabbau usw. sind weithin sichtbare Zeichen dieser Unterdrückungspolitik. Für diese Art der Staatsauffassung scheint es Abend werden zu wollen; aus der Demokratie der Diskussion werde immer mehr Oligarchie und Autokratie. Durch solche Sprachverordnungen werde man die Deutschen nicht zur Mitarbeit ziehen. (Beifall.)

Kral (Komm.) erklärt, daß eine Lösung der nationalen Probleme in einem Bourgeoisstaate überhaupt nicht möglich sei, und bringt verschiedene Beschwerden der Minderheiten in der Slowakei vor.

Kurtal (Auton. Sojus) erklärt, daß die

Sprachverordnung im Widerspruch steht zu den im Friedensvertrag verbürgten Rechten des Karpathenrussischen Volkes und zeigt als Beweis für die elende wirtschaftliche Lage in Karpathenland ein Stück Vaserbrot vor, mit dem die Leute ihren Hunger stillen müssen.

Der Volksparteiler Bolosin bekräftigt die Sprachverordnung und gerät im Verlaufe seiner Rede wiederholt mit dem Abgeordn. Kurtal in ein Wortgefecht. Kurtal wird vom Vorsitzenden Dostalek nicht weniger als dreimal zur Ordnung gerufen.

Grebak-Ostob (Slow. Volkspartei) weist auf den Standpunkt seiner Partei hin, daß die tschechoslowakische Republik auch ihr Vaterland sei; wenngleich die Slowaken die Autonomie fordern, so sind sie doch weit entfernt, die Losreißung von der tschechoslowakischen Republik anzustreben. Die Deutschen und Ungarn hätten weit größere Rechte als die Slowaken selbst, deshalb sind die Slowaken mit dem heutigen Zustand unzufrieden. In der Praxis sei die slowakische Sprache das wahre Aushenbrödel bei den Behörden, welche meist kein Verständnis für die Slowaken haben. Der Bittbürger Vertrag versprach den Slowaken slowakische Schulen und Gerichte, in Wirklichkeit bewakeln sie nur tschechische. Der slowakische Intelligenzler finde bei der Bewerbung um eine Staatsstelle überall verschlossene Türen. Das bewirke Erbitterung und Redner lehnt daher die

Verantwortung für das heutige Regime in der Slowakei ab.

Die folgende Rede des Abg. Kramar, dem ein volles Haus anfangs mit der größten Aufmerksamkeit zuhörte, war sowohl sachlich als auch rhetorisch eine Enttäuschung: Sie bewegte sich durchwegs in den landläufigen Phrasen der tschechischen Chauvinisten. Seit den ersten Kämpfen um die Stremopersche Sprachenverordnung von 1879 hätten die Deutschen ihre Taktik nicht geändert. Ihr Hauptargument sei, daß die Verordnung gegen die deutsche Sprache, die doch eine Weltsprache sei, gerichtet wäre; kulturelle Werte könne man aber nicht nach der Einwohnerzahl messen. Die deutsche Mentalität sei immer dieselbe. In einem Atemzuge verfluchten sie die Friedensverträge als Verbrechen, sind aber darin überein, daß sie günstige Bestimmungen, dann berufen sie sich immer und überall auf diese. Die Erfahrungen mit den Deutschen müßten für die Tschechen eine historische Lehre sein: Die Deutschen schreiben sie lassen, ihren Weg zu gehen und fest zu sein. Er versucht sodann, dem Genossen Dr. Czech zum Vorwurf zu machen, daß er seinerzeit gegen die tschechische Universität in Brünn aufgetreten sei, welche durch nichts begründete Behauptung Genosse Czech energisch zurückweist. Kramar bezeugt, daß sich die Deutschen in den wenigen Jahren seit dem Kriege, wo sie die Staatsprache verlangten, grundlegend geändert hätten. Die Deutschen seien das Unglück gewesen. Des weiteren verteidigt Kramar den Ministerpräsidenten Soehla gegen den Vorwurf des Wortbruchs. Das Versprechen sei zur Zeit der rotgrünen Koalition gegeben worden und dieses Versprechen habe die jetzige Regierung nicht binden können.

Gen. Dr. Czech: Es war diese Erklärung in der Obmannerversammlung ausdrücklich vereinbart!

Kramar: Wir würden uns bedanken, wenn wir die Zusagen aus der Zeit der rotgrünen Koalition jetzt honorieren sollten. Als Kreibich an dieser Stelle Zwischenrufe macht, ruft ihn Genosse Pohl zu: „Lassen Sie ihn doch bewirken, daß man den Ministern nicht glauben darf.“

Noch verfehlter als die Rekrimationen an

Die Zwangspacht.

Nach der Annahme des Gesetzesentwurfes über den Hausierhandel in zweiter Lesung geht das Haus in die Beratung des Berichtes des Landwirtschaftlichen Ausschusses über die weitere Verlängerung der vorläufigen Zwangspacht ein.

Genosse Leibl

erzählt zu diesem Punkte als erster Redner das Wort, um die nur allzu begründeten Beschwerden der Kleinpächter zu vertreten. Die Kleinpächter warten mit Bangen auf einen gerechten Richterentscheid. Das bisherige Gesetz war vollkommen unzulänglich; denn trotz dieses Gesetzes wurden tausende Kleinpächter gekündigt und ihnen die Pachgrundstücke weggenommen, selbst wenn diese schon bebaut waren. Es gibt da kein Recht, kein Gesetz. Mochabend bei der Pachtaufnahme ist nicht die Bedürftigkeit, sondern bloß die Nationalität; denn die Bodenreform ist nichts anderes als

ein Mittel zur Tschechisierung.

Es ist von der Regierung direkt leichtsinnig, dem Hause nun zum fünften Male die Verlängerung des Gesetzes auf ein Jahr vorzuschlagen mit der Begründung, daß die Bodenreform bis dahin beendet sein wird. Dadurch ist es dem Kleinpächter unmöglich gemacht, einen geregelten Wirtschaftspläne aufzustellen, da er nicht weiß, ob er die Grundstücke noch im nächsten Jahre bebauen wird. Die Rentabilität und die Produktion wird durch ein solches Gesetz furchtbar geschädigt und die Kleinpächter vielfach direkt an den Bettelstab gebracht.

Genosse Leibl beschäftigte sich sodann mit dem neuen Adel, der

die Rückgüter

bekommen hat und dem meist jedes Verständnis und auch das nötige Kapital fehlt. Das Ergebnis ist eine Mißwirtschaft und ein Raubbau auf diesen Gütern. Genosse Leibl besprach dann die ungläublichen Drangsalierungen, die

200 langjährige Kleinpächter in Eisenstein

im Böhmerwalde seitens des Bodenamtes zu erdulden haben. Sonar das Oberste Verwaltungsgericht hat diesen Kleinpächtern ihre Pachgrundstücke als Eigentum woerprochen; trotzdem aber verhindert das Staatliche Bodenamt mit allen Mitteln die Durchführung dieses Gerichtsschusses und will die Kleinpächter durch den unerbörtesten Terror um ihr Recht bringen. Infolge dieser Schikanen des Bodenamtes geht die landwirtschaftliche Produktion in dieser Gegend sehr zurück.

Zu einer gerechten Bodenreform ist das Staatliche Bodenamt in seiner heutigen Form durchaus ungeeignet. Dazu müßten mit den Interessenten auch die Gemeinden und Bezirksverwaltungen, die Gerichte und die Grundbuchämter (Gen. de Witte: Die kann man zu dem Schwindel nicht brauchen!) mitwirken. In Wirklichkeit aber besorgen draußen auf dem Dorfe

die Tschechisierungsvereine

die Aufteilung des Bodens, und daran kann dann auch der höchste Beamte nichts mehr ändern.

Die deutschen Bodenbewerber bekommen nur dann Grundstücke zugewiesen, wenn sie den

das alte Oesterreich war der nun folgende Versuch des Dr. Kramar, die Grundlosigkeit der deutschen Beschwerden gegen das Sprachengesetz an Hand der angeblich günstigen Bestimmungen der Verordnung darzulegen. In 107 Bezirken, wo 96 Prozent aller Deutschen wohnen, hätten sie eine rein deutsche Amtierung.

Gen. Dr. Czech: Ueberall heißt es nur „Kan“, das heißt, daß niemand einen Anspruch darauf hat.

Kramar: Spielen Sie nicht mit Worten! Gen. Dr. Czech: Es war diese Erklärung in Ihre Gehe anders!

Kramar (fortfahrend): Es wird am besten sein, die Verordnung in der Praxis sich auswirken zu lassen, dann werden die Deutschen selbst einsehen, daß es nicht so schlimm ist. Als sich Kramar dann über den ablehnenden Standpunkt der Kommunisten gegen die Sprachverordnung äußert, wird er von den Kommunisten vielfach mit Zwischenrufen überschüttet und als der ärgste Ausbeuter bezeichnet, als er sich zum Anwalt gerade der tschechischen Arbeiter in den deutschen Gebieten aufschwingen will. Er erwartet, daß die Regierung das Gesetz und die Verordnung verteidigen und die Republik als Nationalistat aufrechterhalten werde. Seine Partei werde von diesen Grundsätzen keinen Schritt abgehen.

Nach einigen sachlichen Bemerkungen der Abgeordneten Jung, Kurthel und Bolosin sowie nach dem Schlussworte des Berichterstatters Dr. Hajn schritt das Haus zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Mehrheit des Initiativ Ausschusses, über den Mißtrauensantrag Hr. Zuzicka und Genossen zur Tagesordnung überzugehen. Das Haus ist voll besetzt, nur die slowakischen Volksparteiler haben sich abentert und ihr Führer Hlinka steht sogar von den Kommunisten mit zahlreichen Zwischenrufen überschüttet, von der Galerie aus ruhig der Abstimmung zu. Die Auszählung des Stimmverhältnisses ergibt eine Mehrheit von 155 Stimmen der Koalition gegen 103 der Opposition. Damit ist

der Mißtrauensantrag abgelehnt.

Tschechisierungsvereine betreten und ihre Kinder in die tschechischen Schulen schicken,

und auch dann müssen sie eine längere Demohungsrast als Pächter durchmachen. Wir haben den guten Glauben an die Gesetzbildung in diesem Hause verloren und haben das Gefühl, daß jedes Gesetz nur gegen uns geschaffen

wird, und wenn ein Gesetz noch einen Funken Gerechtigkeit in sich hat, dann wird auch dieser Funken durch die Durchführungsverordnung zerstört. Deshalb setzen wir keine Hoffnung auf dieses sogenannte Pächterschutzgesetz. (Beifall.)

In der weiteren Debatte nimmt sich der deutsche Agrarier Böhm auf einmal der kleinen Pächter an und verlangt die Verlängerung des Gesetzes um mehr als ein Jahr, da sonst niemand einen Wirtschaftspläne aufstellen könne.

Der Kommunist Mikulka erklärt den Regierungsentwurf als Beweis für die agrarische Demagogie. Seine Urheber hätten keine Ahnung von einer rationalen Wirtschaft. 2000 Restgüter seien schon Protektionsländern zugeteilt worden, und selbst innerhalb der Agrarpartei verlange man vielfach eine Revision der Bodenreform.

Auch Kretschell (Christl. Soj.) bezieht die Bodenreform als Korruption älterer Art, während der tschechische Sozialdemokrat Becko darauf hinweist, daß jetzt die Bodenreform namentlich in der Slowakei durcharbeitend in Anariff genommen werden sollte. 200.000 Hektar sollen innerhalb zweier Jahre parzelliert werden, doch fehle der nötige Kredit, und deshalb müsse der Staat eingreifen.

Schließlich wurde der vom Senat bereits genehmigte Regierungsentwurf unverändert angenommen und einer Resolution des landwirtschaftlichen Ausschusses zugestimmt, daß bei der Durchführung der Bodenreform die bisherigen Zwangspächter nach Möglichkeit wenigstens soviel Boden zugeteilt erhalten sollen, als sie bisher in Zwangspacht haben.

Die Kriegsbeschädigtenrenten.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet der Regierungsentwurf über die Einkommensgrenze der Kriegsbeschädigten. Selbst der Berichterstatter Dubickly muß zugeben, daß die Reichsstaaten das Kriegsbeschädigtenproblem viel günstiger gelöst haben als wir. Vom 1. Jänner 1924 wurde die Höchstgrenze für das Einkommen der Kriegsbeschädigten, bei welchem sie noch Anspruch auf die volle Rente haben, auf 5000 bzw. bei wirtschaftlich Unselbstständigen auf 10.000 K erniedrigt. Das Gesetz wurde für 1925 verlängert und wird jetzt abermals zur Verlängerung unverändert vorgelegt. Im Laufe der Debatte, die von einer ganzen Reihe von Rednern bestritten wird, erweist für unseren Klub Abgeordneter

Genosse Schuster

das Wort und führt u. a. aus:

Die Vorlage beinhaltet eine Verlängerung des bisher geltenden Gesetzes auf ein weiteres Jahr. Die Einkommenssteuergrenze ist jedoch viel zu niedrig eingestellt und es sei unverständlich, daß gerade die wirtschaftlich Selbstständigen schon bei mehr als 5000 K Einkommen nicht mehr ihre vollen Rentenbezüge bekommen sollen. Wir wünschen überhaupt keine Begren-

Der Tod auf der Schneeflosse. Die Begleiterin des auf der Schneeflosse ertrunkenen indischen Studenten...

Menschliche Verzerrung. Durch einen Testamentsstreit sind in einem Berliner Vorort ganz ungewöhnliche Familienverhältnisse aufgedeckt worden.

Diebstahl Zeit man in der „Adelsgesellschaft“ Deutschlands hat, beweist folgender Vorfall, den die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Lesern mitteilt.

Vom Prinz zum Damenschneider. In Paris hat ein russischer Prinz Jusupoff einen Salon für Damenschneiderei eröffnet.

„Du sollst nicht stehlen.“ Die Ursache, warum, wie wir berichtet haben, der Bischof von Passau in verfassungswidriger Weise gegen das Volksbegehren...

in Deutschland Stellung genommen hat, liegt klar auf der Hand, wenn man weiß, daß er als Sohn von...

Der Geistliche als Bauherr. Ein sehr vielseitiger Herr ist der Reverend George Potter, der Geistliche der St. Christophorus-Kirche des englischen Städtchens Bexham.

Ein schwerer Zusammenstoß hat sich am Samstag abends auf einer Pariser Vorortstraße in der Nähe des Bahnhofs Such-Bonneuil zugegetragen.

Flugzeugunglück in Holland. Nach Nachrichten aus Nijmegen mußte Montag nachmittags über der Ortschaft Deurningen das Militärflugzeug H 493 eine Notlandung vornehmen.

Elementar Katastrophe in Südamerika. Wie gemeldet wird, sind in der Provinz Oro (Ecuador) infolge Hochwassers des Jubones, das durch einen Wollenbruch entstand, mehrere Dörfer überschwemmt worden.

Wetterübersicht vom 16. März. Die Niederschläge waren Montag wieder ausgebreitet und ergiebig; größere Mengen meldeten Orsoy und Tabor 7 mm, die Schneeflosse 8 mm, Preßburg 9 mm.

Vor einem internationalen Eisentartell.

Nach dem Kriege haben die Bestrebungen verschiedener Industrien, sich zu kartellieren und so den Markt zu beherrschen, zugenommen.

Es ist gar keine Frage, daß ein internationales Eisentartell von den größten Folgen für die Industrie ist und die Beherrscher des Eisentartells werden nicht nur in ihrer Branche ein Monopol haben...

Tschechischer Gewerkschaftskongress.

Die Vertretung des „Odborové Sružení Československé“ beruft ihren VIII. Gewerkschaftskongress nach Prag ein.

Der Zentralgewerkschaftsrat schlägt folgende vorläufige Tagesordnung vor: 1. Die Konstituierung des Kongresses, Begrüßungsansprachen der Gäste und Wahl der Ausschüsse.

Tschechische sozialdemokratische Frauentagung.

Am Sonntag fand in Prag eine Konferenz der tschechischen sozialdemokratischen Frauen statt, in welcher eine Entschließung, beinhaltend die nachfolgenden Forderungen, angenommen wurde:

zulage an die Staatsbeamtinnen, keine Erhöhung der Kongrua. Schließlich wird auf die Notwendigkeit der Versöhnung der Nationen hingewiesen.

Sturz des belgischen Franken.

Brüssel, 16. März, (Eigenbericht.)

Am Montag ist ein panikartiger Sturz des belgischen Franken eingetreten. Der belgische Frank, der seit acht Monaten mit 107 für das englische Pfund stabil war, stürzte am Montag auf 121 und tiefer.

Haus, Hof und Garten.

Wie man Bäume verjüngt.

Der Blüpfänger als Befruchter.

Ueber ein praktisch erprobtes Verfahren, den Ertrag von Nusspflanzungen zu steigern, berichtet ein Kantagenerbesitzer aus Guatemala dem New Yorker Scientific American bemerkenswerte Einzelheiten.

wie die gewöhnlichen und im Geschmack von wesentlich höherem Süßgehalt. In den genannten Monaten hatten wir besonders viele Gewitter zu verzeichnen.

Für den Kleingarten.

Das Pflanzen erfolgt am besten bei trübem oder Regenwetter bei anhaltender Trockenheit und sonnigem Wetter muß man die Wurzeln der Setzlinge vor dem Pflanzen in einem Drei aus Lehm und Ruhloden eintauchen, wodurch ein bestes Anwachsen veranlaßt wird.

Der Buschobstbaum ist der geeignetste Obstbaum für den Kleingarten. Er nimmt nicht viel Platz weg, gibt wenig Schatten und ermöglicht in den ersten Jahren auch eine nutzbringende Unterkultur von Beerenobst oder Gemüse.

Die schönsten im Frühjahr blühenden Sträucher sind die Deutzie mit ihren schönen, weißen Blütenrispen, die gelbblühende Forsythia, die gefülltblühende Kerrie, die mit ihren tulpenartigen Knospen und seerosenartigen Blumen so sehr gefächte Magnolie, das zartrosa Mandelbäumchen, die verschiedenen Zier-Johannisbeeren und Spiersträucher, der violette, wohlriechende Flieder, der schöne Schneeball, die zarte, vielzählige Weigelle und die Moorerde liebenden Rhododendronarten in ihren verschiedenartigen Blütenbalden, sowie die stark gefärbten Frensdazaleen.

Soch stämmige Rosen werden am besten nur einmal angebunden, und zwar dicht unter der Krone. Reißt das Band wirklich einmal, so legt sich die Rose ohne Schaden um, während bei zweimaligem Anbinden das Zerreißen des oberen Bandes den Bruch des Rosenstammes zur Folge haben wird.

Für den Kleintierhof.

Die trachtige Ziege verlangt vollwertiges Futter, vor allem hüte man sich, noch vor dem Wurfe sogenanntes Mastfutter zu verabfolgen, das

durch zu starke Belastung der Verdauungsorgane die Entwicklung des Jungen im letzten Entwicklungsabschnitt benachteiligt. Viele angeborene Fehler sind darauf zurückzuführen.

Kaninchen, besonders den jungen Tieren, können die Ratten sehr schädlich werden. Zur Behebung dieses lästigen Ungeziefers nimmt man am besten Fellen. Dort, wo diese aber schwer anzu bringen sind, benutze man Meerzwiebeln. Diese, in Stücke geschnitten, müssen so gelegt werden, daß sie für die Kaninchen nicht zugänglich sind, da sie, in größeren Mengen gefressen, auch auf diese schädlich wirken. Die Ratten sterben schon bei kleineren Mengen mit ziemlicher Sicherheit. Andere Gifte, die stärker tödlich vermerke man nach Möglichkeit, denn diese können noch viel mehr Schaden anrichten als die ungefährlichen Meerzwiebeln.

Ist der Auslauf der Küden hart und großlos, so daß die Tiere nicht viel zu piden, haben und scharren haben, so ist es empfehlenswert, ausgestochene Rasenstücke dahin zu bringen, dann haben die Küden Beschäftigung und finden reichliches und zugenügendes Futter.

Die Brutdauer weicht bei den verschiedenen Geflügelarten sehr voneinander ab. Tauben brauchen 17-19, Hühner 19-21, Enten 24-27, Puten 26-28, Gänse 29-31 Tage. Außerdem kommt es auch auf die Größe der Rasse an. Zwerghühner brauchen z. B. nur 17-19 Tage. Nicht minder schwankt die Brutdauer infolge äußerer Umstände: so führen zu zeitiges Segen, ältere Eier, kaltes Wetter zu einer Verlängerung.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Dünf Generationen überlebt die Wäsche in ursprünglicher Frische und Beschaffenheit, wenn sie beim Waschen zweckmäßig und sorgfältig behandelt wird. Doch war bis heute kein Waschmittel auf dem Markt, welches die Wäsche nicht, — wenn auch unmerklich, — so doch zerstören würde. Nun ist es endlich nach jahrelangen wissenschaftlichen und praktischen Versuchen gelungen, ein Waschmittel in einer Vollendung zu schaffen, welches die Wäsche tatsächlich nicht angreift, auch bunte Wäsche, Wolle und Seide nicht. Dieses Waschwunder heißt „Versale“ und möchten wir nachdrücklich darauf hinweisen. 3728

Die Arbeitszeitkonferenz in London.

Der britische Premierminister Baldwin eröffnete am Montag die europäische Arbeitszeitkonferenz mit einer Rede, in der er die wirtschaftliche Solidarität der Völker betonte. Alle Völker befürchten einen Rückfall in ungünstigere kulturelle und wirtschaftliche Verhältnisse, als sie vor dem Krieg geherrscht haben. Kein Volk könne auf Kosten des anderen zur Wohlfahrt gelangen. Der französische Delegierte Durafour erklärte, alle Völker waren mit Ungeduld auf die Erfüllung des im Friedensvertrag versprochenen Achtstundentages. Der deutsche Arbeitsminister Braun erklärte, erkenne die Notwendigkeit an, die schwierige politische Zusammenarbeit in Genf durch eine europäische Gemeinschaftsarbeit in wirtschaftlicher, sozialpolitischer und kultureller Hinsicht zu ergänzen. Vanier (Belgien) meinte, der Achtstundentag sei nicht nur notwendig, um mit seinen Nachbarn in gemeinsamer Arbeit zu leben, sondern auch, um den inneren Frieden in der eigenen Wirtschaft herbeizuführen.

Zum Schluß entwarf der englische Arbeitsminister Steel-Maitland das Programm der Arbeitskonferenz. Man habe nur diejenigen Länder eingeladen, die an den Vorbereitungen beteiligt waren und zwischen denen ein schriftlicher Meinungsaustausch über die Interpretation des Abkommens von Washington stattgefunden hat. Um aber den Anschein zu vermeiden, als ob man hier eine besondere Konvention, die sich gegen die anderen Völker richte, schaffen wolle, sei der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Thomas, eingeladen worden, mit seinen Beratern der Konferenz beizuwohnen, damit die anderen Länder, die an der Konferenz nicht persönlich vertreten seien, durch seine Anwesenheit die Würdigkeit hätten, daß in einem wahrhaft internationalen Geiste verhandelt werde.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Nächster Seminarabend Freitag, den 19. d., um halb 8 Uhr abends in der Verwaltung des „Sozialdemokrat“.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgr. Prag. Mittwoch, den 17. März l. J. findet im „Verein deutscher Arbeiter“, Prag II., Spichy 27/III, ein Gruppenabend unter Leitung des Genossen Karger statt. Jugendgenossinnen und Genossen, erscheinen zahlreich!

Kunst und Willen.

Wiener Jahrhundertfeier für Beethoven. Zur Durchführung einer Jubiläumfeier anlässlich der 100. Wiederkehr des Todesstages Beethovens im März nächsten Jahres hat sich in Wien ein Komitee gebildet. Mit der Beethovenfeier wird ein großer musikalisch-wissenschaftlicher Kongress verbunden sein, der von Delegierten aller ausländischen Staaten besucht wird.

Das Konzert des berühmten Cellisten Casals findet am 18. d. in der „Luceina“ statt. Casals wird u. a. Handels Sonate, Beethovens Variationen und eine Bach-Suite spielen. Am Klavier Otto Schulhof. Restliche Karten Wepler, Truhlar.

Spielplan des neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch 7 Uhr abends „Cosi fan tutte“, Donnerstag um halb 8 Uhr abends Tanz.

Abend Grete Wiesenthal — Toni Birnmeier. Freitag 7 Uhr abends „Die Teresina“, Samstag 6 Uhr abends, Gastspiel Karl Aagaard — Festwig — Josef Schwarz: „Die Meisterlinger von Nürnberg“. Sonntag 11 Uhr vorm. Kammermusik; halb 3 Uhr nachm. Arbeitervorstellung „Der Mastenball“; abends 7 Uhr: „Die Geisha“, Montag 7 Uhr „Die heilige Johanna“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch abends „Jonny's Busenfreund“, Donnerstag abends „Ramselle Ritouche“, Freitag Bankbeamtenvorst. „Der Liebestrank“, Samstag abends „Jonny's Busenfreund“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Das Kamel geht durch ein Nadelöhr“, abends halb 8 Uhr „Der wahre Jakob“, Montag „Die Mama vom Ballett“.

Turnen und Sport.

Bekämpft die Fettsucht!

3. Teil des Festprogramms. 7. Der Nord in der Zwiebelgasse. Schwank in 2 Akten. 8. Komischer Vortrag. 9. Gemeindefestes Lied: „Unser Sportverein, der geht nicht unter . . .“ Hierauf: Großer Festball.

Keines Programm, was? Uebertrieben? Nein! Daß es so etwas noch gibt, ist durchaus nachweisbar. Die Reste spießbürgerlicher „Festkultur“ sind in unserer Bewegung viel stärker, als sie mancher für möglich hält. Allerdings, in Städten, wo sich der erzieherische Einfluß unserer Parteipresse vor allem auswirkt, dürfte es kaum noch vorkommen, daß ein Arbeiter-Sportverein einen Lumpenball (woch ein Hohn auf die ins Elend gesunkenen erwerbslosen Klassenossen!) oder einen Rasenball („Die größte Gurke wird prämiert!“) oder ähnliches veranstaltet.

Die Arbeiter-Sportbewegung ist dazu berufen, nicht nur den gesundheitlichen Schäden, die der Kapitalismus den Proletariern zufügt, durch umfassende Leibesübungen entgegenzuwirken, sondern auch die Bildungsarbeit in ihren Reihen zu fördern, um die körperliche Kräftigung durch geistige Schulung zu ergänzen. Dieses Bestreben muß in allem, was in unserer Sportbewegung geschieht, zum Ausdruck kommen.

Wir vergeben uns gar nichts, wenn wir zugeben, daß es noch nicht überall so weit ist. Woran das liegt? Es ist nicht die Abweichung unserer idealen Bestrebungen, sondern Gedankenlosigkeit und unkritisches Festhalten an überlebten Formen. So kommt es, daß besonders in Arbeiterdörfern der Industriegegenden die festlichen Veranstaltungen der Arbeiterportler sich in kaum etwas von denen der bürgerlichen Vereine unterscheiden.

Alle Organisationsleitungen, die sich bemühen, bis in die letzten Winkel ihres Wirkungskreises als sozialistische Sportler tätig zu sein, brauchen sich nicht auf negative Kritik beschränken. Es ist leicht, anstelle eines solchen Schwanks ein lebendes Bild zu setzen, anstelle der „komischen Vorträge“ Rezitationen, anstelle des Biergegröhls proletarische Lieder. Verdoppeln wir unseren Eifer, die letzten Reste der spießbürgerlichen Festkultur auszuräumen. Wir wollen, daß unsere Arbeiterfeste unsere besondere Weltanschauung erkennen lassen. P. Fr.

Bayern hat als Segen des Konfords sein Schülerturnverband. Dort entscheidet der Kreis über das Gute und Böse beim Schülerturnen in den Vereinen. Die bürgerlichen Turnvereine haben es dabei sehr gut. Ueber sie deutet die Geistlichkeit den Mantel der Nächstenliebe; dafür darf bei Festlichkeiten der Pfarrer die Rede oder gar einen Festgottesdienst abhalten. Anders geht es den Arbeiterturnvereinen. Ihnen wird das Schülerturnen unterlagert, weil in ihnen die Jugend nicht im „vaterländischen Geiste“ belehrt und beeinflusst wird. Darüber zu entscheiden, steht das Recht den Schulleitern zu. Das ist bürgerliche Ordnung.

In Dresden besitzt die Arbeiter-Fußballbewegung gegenüber dem bürgerlichen Fußballsport das Übergewicht. Dabei ist zu beachten, daß Dresden, was die Spielstärke anbelangt, zurzeit die Hochburg des bürgerlichen Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine ist. Das mit der großzügigsten Ausrüstung vorbereitete Spiel des Dresdner Sportklubs gegen

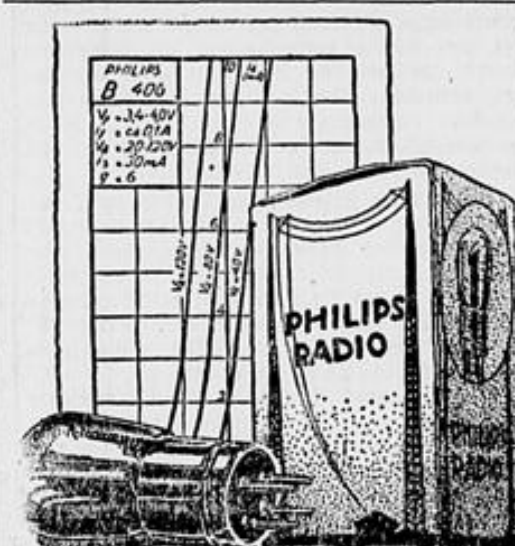
Herausgeber Dr. Ludwig Uech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Tennis Borussia-Berlin hatte 10.000 Zuschauer aufzuweisen, wogegen das Treffen der Arbeitersportvereine Dresdner Sportverein 1910 gegen Leipzig-Südostlich in Gegenwart von 12.000 Zuschauern vor sich ging. Wiederholt unternommene Versuche, den D. S. V. 1910 zu Spielen mit den führenden Mannschaften des bürgerlichen Lagers zu bewegen oder einzelne gute Spieler zu „ziehen“, sind an der Festigkeit seiner Mitglieder stets gescheitert. Der D. S. V. 1910 ist gegenwärtig der aussichtsreichste Anwärter auf die Meisterschaft des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der Geraer Schwimmverein, der seit bald 30 Jahren besteht, hat nunmehr endgültig seinen Anschluß an den Arbeiter-Turn- und Sportbund vollzogen. Kürzlich sprach in einer gutbesuchten Generalversammlung des Vereins Genosse Pud von der Zentralkommission in Berlin über Zweck und Ziele des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Dieses Referat wurde auf Beschluß der Mehrheit des Vereins ohne Diskussion entgegengenommen.

men, aber dann eine Debatte über den Beschluß der vorigen Generalversammlung eröffnet. Jener Beschluß auf Beitritt des Vereins, der bisher keinem Verbands angehört hatte, zu dem Arbeiter-Turn- und Sportbund war beanstandet worden. Als sich nunmehr aus der Diskussion ergab, daß die Gegner dieses Anschlusses bei weitem in der Minderheit waren, verließen von 296 Stimmberechtigten 62 die Versammlung. Nach ihrem Abzug wurde endgültig der Anschluß an den Arbeiter-Turn- und Sportbund beschlossen. Die Gegner der Arbeiterportbewegung im Geraer Schwimmverein werden voraussichtlich einen neuen Verein gründen oder sich der Deutschen Turnerschaft anschließen.

Die russischen Schwimmer, die auf Einladung des Schwimmvereines „Vorwärts 1897 C. B.“ am Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag und Sonntag in Berlin starteten, konnten auf allen Veranstaltungen gegen die Berliner Vereine nicht aufkommen. Sie zeigten zwar einen guten Schwimmstil, besonders im Zeitfchwimmen, unterlagen aber in fast allen größeren Konkurrenzen den Berliner Mannschaften. Das Springen scheint für die Russen eine besonders schwierige Angelegenheit zu sein. Was sie auf dem Abschiedsschwimmfest am Sonntag zeigten, steckte noch sehr in den Anfängen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die vielen Starts ermüdend auf die Russen gewirkt haben und daß sie in ihrer Heimat keine guten Winter-Trainingsmöglichkeiten haben, muß doch zusammenfassend festgestellt werden, daß die Berliner Vereine in jeder Hinsicht überlegen waren. Die Berliner Arbeitersportorganisationen sollten sich nach den Misserfolgen, die russische Sportgäste bisher in Berlin hatten, zunächst getrost andere Brudervereine des Auslandes verpflichten, die sportlich mehr auf der Höhe sind.



DIE BESTE LAMPE FÜR NIEDERFREQUENZVERSTÄRKUNG
PHILIPS RADIO B 400.
VERWENDEN SIE IN IHREM VIERLAMPENAPPARAT ZWEI A 410 UND ZWEI B 406.

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

Inserieren Sie im Sozialdemokrat!

Anglo-Elementar
Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien
Direktion für die tschechoslowakische Republik
empfiehlt sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Transport-, Pferde- und Vieh-Versicherungen zu kulantesten Preisen. Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen.
Bargarantiemittel in der Republik über 25 Millionen.
Bureau Reichenberg, Bahnhofstraße Nr. 19.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.
Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuzeitl. Satz- und Zugschneiderei mit einer Kapazität von 500.000 Buchstaben, Notationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeilen, Fernsprecher Nr. 271, Postfach Nr. 127.443

Der **Verwaltungsrat** und die **Direktion** der **Böhmischen Union-Bank** geben in tiefster Trauer Nachricht von dem Hinscheiden ihres hochverehrten **Präsidenten**

J. U. Dr. Friedrich Kaufmann,

des Herrn
welcher in vorbildlicher Hingabe seine hervorragenden Kräfte und reichen Erfahrungen unserem Institute gewidmet hat. Er war uns ein vornehmer und sorgsamer Führer, dessen Andenken in der Geschichte unseres Institutes für alle Zeiten gewahrt bleibt.
Das Leichenbegängnis findet Donnerstag, den 18. März, um 3 Uhr nachmittags, vom Trauerhause Vrchlického 21 aus, statt.
Prag, den 16. März 1926.